

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Bericht über rechtsextremen Waffenschmuggel aus Kroatien

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts neuer Erkenntnisse und Medienrecherchen über die Hintergründe und Zusammenhänge des internationalen Schmuggels von Kriegswaffen und Waffen aus Kroatien in rechtsextreme Kreise nach Deutschland, wird der Innenminister Joachim Herrmann aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über den aktuellen Stand der Ermittlungen zu berichten.

Dabei geht es insbesondere um die Klärung folgender Fragen:

- Welche Erkenntnisse haben die Sicherheitsbehörden über den Verbleib der geschmuggelten Kriegswaffen, Waffen und Munition?
- Welche Erkenntnisse haben die Sicherheitsbehörden über den Verwendungszweck der geschmuggelten Kriegswaffen, Waffen und Munition?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über eine Verwicklung von Funktions- und Mandatsträgern sowie Mitgliedern der AfD in den internationalen Waffenhandel?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung, ob die Einnahmen aus dem Waffenschmuggel dem Aufbau einer 'Patriotischen Alternative' innerhalb der AfD dienen sollten?
- Welche Kontakte hatte der hauptbeschuldigte Alexander R. zu führenden Protagonisten des 'Flügels' der AfD?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung darüber, ob die Waffen dem Aufbau einer bewaffneten rechtsextremen Miliz bzw. der Bewaffnung von rechtsextremen Gruppierungen dienen?
- Welche Verbindungen haben die beschuldigten Personen zu Kreisen der organisierten Kriminalität in Deutschland, Österreich und Kroatien?
- Welche Verbindungen existieren zur rechtsextremen Szene in Österreich und dem Ende 2020 aufgedeckten Waffenhändlerring um den bekannten österreichischen Rechtsextremisten Peter B.?

## **Begründung:**

Aufgrund einer Durchsuchungswelle wegen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz im Juli 2020 an 12 Orten in Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt wurde bekannt, dass mehrere Jahre über einen internationalen Waffenhändlerring aus Kroatien Kriegswaffen, Waffen und Munition nach Deutschland geschmuggelt wurden. Alle an dem Waffenhandel beteiligten 16 Personen aus Deutschland gehören der rechtsextremen Szene bzw. dem Spektrum der 'Reichsbürger' an. Mindestens acht Personen sind bereits mit einschlägigen Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität in Erscheinung getreten. Der Schwerpunkt des Waffenhandels ist in Bayern zu verorten: Hier befinden sich 9 von 12 durchsuchten Objekten und hier leben mindestens 11 der beschuldigten Personen. Der geografische Schwerpunkt liegt dabei eindeutig im Großraum München. (vgl. Anfrage Drs.18/9828 'Durchsuchungsaktion wegen illegalen Waffenhandels')

Der Hauptbeschuldigte des deutschen Waffenhändlerrings war bis vor kurzem Mitglied der AfD und verfügt über hervorragende Kontakte in die bundesdeutsche und internationale rechtsextreme Szene sowie in Kreise der Organisierten Kriminalität. (Vgl. Anfrage Drs.18/12403 'Neue Erkenntnisse über rechtsextremen Waffenschmuggel aus Kroatien') Laut Medienberichten sollten die Erlöse aus den Waffengeschäften auch dem Aufbau einer 'Patriotischen Alternative' innerhalb der AfD dienen. Zu den beschuldigten Personen gehören mehrere Mitglieder der AfD, u.a. auch eine Mitarbeiterin eines bekannten AfD-Bundestagsabgeordneten aus Bayern. Ein weiterer AfD Bundestagsabgeordneter aus Bayern soll laut Medienberichten dem Hauptbeschuldigten 800 € auf ein Konto in Lichtenstein überwiesen haben. Hier ist dringend Klärungsbedürftig, ob möglicherweise auch Abgeordnete der AfD an den Waffengeschäften beteiligt waren.

Ein über mindestens drei Jahre (zwischen Mitte 2016 und Ende 2018) andauernder Schmuggel von Kriegswaffen, Waffen und Munition in rechtsextreme Kreise stellt ein erhebliches Gefährdungspotenzial dar. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungslage durch rechtsextreme Tattaten. Bisher sind der genaue Umfang der illegalen Waffenlieferungen aus Kroatien und der Verbleib und Verwendungszweck der gelieferten (Kriegs-)Waffen noch völlig ungeklärt. Dies gilt auch für die Verbindungen der Beschuldigten untereinander. Hier muss dringend geklärt werden, ob es sich bei den beteiligten Personen um eine organisierte Gruppe bzw. eine kriminelle Vereinigung handelt. Aus diesen Gründen muss dem Landtag möglichst zeitnah über die Hintergründe und Zusammenhänge des internationalen rechtsextremen Waffenschmuggels berichtet werden.